

Entwicklungen & Trends 2016

Witterung, Bodennutzung, Tierhaltung und Preise

von Onno Poppinga

Wetter und anderes mehr

Nach einem vergleichbar »gewöhnlichen« Winter mit nur einer Woche Frosttage (wenig Extremwerte), etwas Schnee und insgesamt »normalen« Niederschlagsmengen waren Frühjahr und Frühsommer durch Wechsel, zum Teil innerhalb weniger Tage, zwischen heftigen Niederschlägen und kurzen Wärme- bzw. Hitzetagen gekennzeichnet. In nicht wenigen Orten gab es »Hochwasserereignisse«. Häuser und Ställe standen unter Wasser. Das Kartoffelpflanzen und das Maislegen wurden vielerorts zur Geduldssprobe. Die Milchviehbetriebe, die ihren Kühen und Rindern noch Weidegang ermöglichen, konnten stellenweise erst verspätet mit dem Weideauftrieb beginnen. Auf anmoorigen Weideflächen musste die Weide häufig wegen zu großer Trittbelastung unterbrochen werden. Während der erste Grassilageschnitt zumeist ohne größere Probleme hereingeholt werden konnte, blieben den »Heubauern« nur wenige Zeitfenster für Trocknung und Bergung. Auch die Getreide- und Rapsenernte wurde immer wieder von starken Niederschlägen unterbrochen. Wegen der immensen Leistungsfähigkeit der Mähdrescher war die Ernte aber letztlich ohne große Probleme und ohne hohe Trocknungskosten möglich.

Die fehlenden Niederschläge im August/September führten dazu, dass vielerorts die Ernte von Silomais um zwei Wochen früher einsetzte. Vor allem auf leichten Böden (unter anderem in Westfalen) litten die Maispflanzen so sehr unter der Trockenheit (die Maispflanzen sahen aus »wie Tabak«), dass Flächen, die als Silomais geerntet werden sollten, als Körnermais geerntet werden mussten. Bei der Kartoffelernte gab es beim Roden häufig – als Folge des Wechsels von Feuchte und Trockenheit – eine so starke Klutenbildung, dass die Ernte verzögert wurde. vielerorts mussten die Kartoffelfelder beregnet (!) werden, um die Klutenbildung zu vermindern.

Vermutlich auch im Zusammenhang mit der wechselhaften Witterung war das Jahr 2016 auch ein »Jahr der Plagen«: Kirschessigfliege bei Stein- und Beerenobst und Weinbau; falscher Mehltau bei Wein und Drahtwürmer bei Kartoffeln brachten vielerorts beträchtliche Ernteaufschläge. Drahtwürmer, in früheren Zeiten nur nach Umbruch von Grünland ein Problem, können jetzt jederzeit im Frühsommer und zur Erntezeit auftreten. Auch der Maiszünsler breitete sich weiter aus, obwohl er über einen Wechsel in der Fruchtfolge eigentlich immer leicht zu bekämpfen ist.

**Wechselhaftes Wetter
führt zu Erntestress
und Ertragseinbußen**

Jahr der Plagen

Beschäftigte in der Landwirtschaft

Die neuesten statistischen Angaben über die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft stammen von 2015.¹ Die Zahlen der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten bzw. Angestellten in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei finden sich in Tabelle 1. Die Unterschiede sind frappierend – zumal zu beachten ist, dass die Zahlen sich nicht nur auf die Landwirtschaft beziehen, sondern *auch* für die Forstwirtschaft und Fischerei gelten:

**Angestellte
Arbeitskräfte: deutliche
Zunahme in den alten
Bundesländern**

- In den »Neuen Ländern« erfolgte nur eine geringe Zunahme (plus zwei Prozent) der Angestellten insgesamt.
- Im »früheren Bundesgebiet« dagegen ist eine starke Zunahme (plus 24 Prozent) der Angestellten insgesamt erkennbar. Damit wird deutlich, dass das Größenwachstum der Betriebe nur noch durch Hinzunahme von angestellten Arbeitskräften zu bewältigen ist.

Tab. 1: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei

»Früheres Bundesgebiet«	Männer	Frauen	Insgesamt
März 2010	77.220	39.693	116.913
März 2015	96.089	46.601	144.690
»Neue Länder«	Männer	Frauen	Insgesamt
März 2010	59.005	27.738	86.743
März 2015	60.191	27.947	88.138

Bodenpreise

Die rasche Erhöhung der Kaufpreise für landwirtschaftliche Nutzflächen setzte sich fort.² Im Bundesdurchschnitt wurden 2015 19.600 Euro pro Hektar gezahlt; das war ein Plus von acht Prozent (!). Im Vergleich zum Vorjahr (von 2013 auf 2014) waren es sogar 10,5 Prozent gewesen. Der Preisanstieg war in den östlichen Bundesländern (bei niedrigem Ausgangsniveau) mit 15,8 Prozent deutlich höher als in den westlichen (plus 5,2 Prozent). Für die ostdeutschen Bundesländer betrug der durchschnittliche Kaufpreis 14.197 Euro pro Hektar, für die westlichen 29.911 Euro. Die Preisunterschiede zwischen den Bundesländern sind nach wie vor außerordentlich hoch. »Spitzenreiter« ist unverändert Bayern (47.358 Euro pro Hektar), »Schluss-

**Auf dem Bodenmarkt
explodieren Kauf-
und Pachtpreise**

Tab. 2: Entwicklung der Pachtpreise³

		Pachtpreis in Euro je Hektar			
		2006/07	2014/15	2014/15 zu 2006/07	
Niedersachsen	Ackerbau	315	439	139	124
	Milch	275	354	128	79
	Veredlung	415	597	144	182
Bayern	Ackerbau	303	368	121	65
	Milch	182	232	127	50
	Veredlung	282	418	148	136
Sachsen-Anhalt	Ackerbau	213	319	150	106
	Milch	113	161	142	48
	Veredlung	k. A.	k. A.		
Brandenburg	Ackerbau	93	168	181	75
	Milch	94	147	156	53
	Veredlung	k. A.	272		

licht« das Saarland mit 9.972 Euro pro Hektar. Oberbayern war mit 84.857 Euro pro Hektar der Regierungsbezirk in Deutschland mit den höchsten Bodenpreisen.

Es ist seit Langem bekannt, dass bei den Kaufpreisen (im Gegensatz zu den Pachtpreisen) für landwirtschaftliche Flächen die wirtschaftliche Lage der landwirtschaftlichen Betriebe nur ein Faktor neben mehreren anderen ist. Parallel zur Absenkung des allgemeinen Zinsniveaus hat seit Jahren das Interesse von außerlandwirtschaftlichen Investoren am Bodenkauf stark zugenommen (in Ost wie West). Da sich das Grundstücksverkehrsgesetz als weitgehend wirkungslos erwiesen hat, ist ein Ende dieses »Ausverkaufes« bisher nicht abzusehen. Im Gegensatz zu den Kaufpreisen zeigen die verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnisse vor allem bei Milchviehbetrieben bei den Pachtpreisen inzwischen erste »Brems Spuren«.

Auch im Wirtschaftsjahr 2015/16 waren die Pachtpreise ein wichtiges Thema. Tabelle 2 macht am Beispiel von vier Bundesländern und unterschiedlichen Betriebsformen die Größenordnungen der Pachtpreiserhöhungen deutlich.

Eine Übereinstimmung besteht darin, dass die Pachtpreise im betrachteten Zeitraum überall angestiegen sind, allerdings von sehr unterschiedlichen Niveaus und mit sehr unterschiedlichen Steigerungsraten. Ein allgemeiner Erklärungsversuch wäre aber weder sinnvoll noch möglich; zu unterschiedlich und vielfältig sind die regional wirkenden Faktoren.

Die differenzierte Entwicklung der Pachtpreise zeigt allerdings eines sehr deutlich: Die seit vielen Jahren angebotene »Erklärung«, ein Großteil der Direktzahlungen der Ersten Säule würde doch nur an die Verpächter »durchgeleitet« und deshalb sollten die Direktzahlungen abgeschafft werden, ist ohne jede Substanz; sie ist bloß eine zweckgerichtete Behauptung:

- Die Direktzahlungen schwanken seit ihrer Einführung 1993/94 um ein ähnliches, tendenziell eher fallendes Niveau.
- Im Gegensatz dazu fanden bei den Pachtpreisen starke Zunahmen statt (bis zu 100 Euro pro Hektar und mehr, in Einzelfällen sogar bis zu 1.000 Euro).

Auch wenn es in einzelnen Fällen immer mal wieder Versuche gab, im unmittelbaren Zusammenhang mit Veränderungen im Modus der Direktzahlungen Geld für die Verpächter abzuzweigen, »übers Ganze« gibt es keine bedeutenden Zusammenhänge. Lediglich in der Phase der Einführung der Betriebsprämie im Jahr 2005 versuchten z. B. Institutionen der evangelischen Kirche, über Änderung der Verträge mit den Pächtern an einen Teil der Direktzahlungen zu gelangen. In der gegebenen Situation sind die Direktzahlungen der Ersten Säule – ungeachtet der Kritik an ihrer unseligen Bindung ausschließlich am Umfang der Fläche – für den Großteil der Betriebe ein unverzichtbarer Bestandteil des Einkommens.

Betriebe und Bodennutzung

Es dauert, bis eine Agrarkrise auf die Zahl der Betriebe »durchschlägt«. Für das Jahr 2016 ermittelte das Statistische Bundesamt 270.000 landwirtschaftliche Betriebe; das waren 5.000 weniger als noch im Jahr zuvor (umgerechnet ein Rückgang von knapp zwei Prozent).⁴ Für das Jahr 2010 waren dagegen noch 299.000 Betriebe gezählt worden. Wie schon in den Jahren zuvor dürfte die Anzahl der real und selbständig wirtschaftenden Betriebe deutlich geringer sein. Gründe dafür sind:

- die bei »Veredelungsbetrieben« weit verbreiteten *Betriebsteilungen* sowie
- die inzwischen ebenfalls häufigen *Bewirtschaftungsverträge* (die reale Bewirtschaftung übernimmt ein anderer Betrieb; der Vertragspartner ist nur noch ein Hohlkörper, der aber die staatliche Direktzahlungen beantragt).

Als Umfang an landwirtschaftlich genutzter Fläche nennt das Statistische Bundesamt für das Jahr 2016 16.717 Millionen Hektar. Merkwürdigerweise wären das nur 13.000 Hektar weniger als 2010. Angesichts der anhaltenden Umnutzungen für Verkehr, Siedlungsbau und vielem mehr muss diese Angabe eines vergleichsweise geringen Rückgangs doch sehr überraschen (zum Umgang mit Statistik gehört eben auch die Erkenntnis: sie lebt mit Überraschungen).

**Endes des Ausverkaufs
nicht in Sicht**

**Keine nennenswerten
Zusammenhänge
zwischen Pachtpreisen
und Höhe der Direkt-
zahlungen**

**Mehr Betriebsaufgaben
als die Statistik
ausweist**

Tab. 3: Anbaukulturen 2016 und 2015 (in 1.000 Hektar)

	2015	2016 (vorläufig)	Differenz in Hektar	Prozent 2015 zu 2016
Weizen (zusammen)	3.233	3.215	-18	-0,06
Roggen und Wintermenggetreide	616	575	-41	-0,7
Triticale	402	396	-6	-0,01
Gerste (zusammen)	1.622	1.618	-4	0
Hafer	126	115	-11	-8
Körnermais (inkl. CCM)	455	416	-39	-9
Getreide zur Ganzpflanzenernte	9	98	+89	
Silomais/Grünmais	2.100	2.145	+45	+2
Leguminosen zur Ganzpflanzenernte	258	266	+8	+3
Feldgras	268	288	+20	+7
Kartoffeln	237	236	-1	0
Zuckerrüben ohne Saatguterzeugung	313	335	+22	+7
Erbsen	79	87	+8	+10
Ackerbohnen	36	41	+5	+14
Winterraps	1.282	1.331	+49	+4
Dauergrünland zusammen (inkl. Almen)	4.677	4.692	+15	0,03

**Mehr Ackerbohnen
und Erbsen dank
»Greening«**

Was die Bodennutzung angeht, so weist das Statistische Bundesamt für das Jahr 2016 11,8 Millionen Hektar Ackerland und 4,69 Millionen Hektar Dauergrünland aus.⁵ Als stillgelegte Flächen »mit Beihilfen/Prämienanspruch« werden 307.000 Hektar genannt. Eine besonders interessante Frage bezüglich der Bodennutzung 2016 und des Vergleichs mit dem Vorjahr ist, ob und in welchem Umfang das mit der letzten EU-Agrarreform eingeführte »Greening« Veränderung in der Bodennutzung zur Folge hatte. Bei aller Vorsicht kann vermutet werden, dass die Zunahme von Ackerbohnen (plus 14 Prozent) und Erbsen (plus zehn 10 Prozent) auf das »Greening« zurückzuführen sind (siehe Tabelle 3).

Getreide

**Ertragseinbußen
bei Getreide –
aber keine höheren
Erzeugerpreise**

Die Getreideerträge des Jahres 2016 bleiben deutlich hinter den Vorjahreswerten zurück. Bei einem Bundesdurchschnitt (bei Weizen) von 70,3 Dezitonnen pro Hektar, wurden die höchsten Erträge in Schleswig-Holstein erzielt (80,6 Dezitonnen pro Hektar bzw. minus 16 Dezitonnen gegenüber dem Vorjahr). Die extremen Witterungsschwankungen führten in allen Bundesländern nicht nur zu Ertragsrückgängen, sondern auch zu Qualitätsverlusten.⁶ Da aber in allen weltweit bedeutenden Getreideexportländern (USA, Russland, Ukraine etc.) die Erntemengen deutlich zugenommen haben, führten die schwachen Erträge im Inland nicht zu besseren Preisen. Damit nähert sich das aktuelle Preisniveau wieder der Marke von zehn Euro pro Doppelzentner, nachdem sich über viele Jahre hinweg die Erzeugerpreise stetig über den Weltmarktpreisen (1994 um zehn Euro pro Dezitonne Weizen) bis auf deutlich über 20 Euro pro Dezitonne Weizen befunden hatten. Ein Grund für diesen anhaltenden Rückgang ist auch, dass durch den Verfall der Erdölpreise der Einsatz von Getreide zur Energiegewinnung (in Biogasanlagen, als Biosprit, direkt für Heizungen) keine preisstabilisierende Wirkung mehr hat.

Kartoffeln

Der Witterungsverlauf sorgte gerade bei der Kartoffel zu schwierigen Bedingungen. Der Infektionsdruck durch die Krautfäule war besonders hoch. Im konventionellen Anbau waren nach Aussagen eines Kammerberaters in den meisten Betrieben »zehn Krautfäulespritzungen und mehr notwendig«. Oft mussten zusätzlich noch zwei bis drei »Stoppspritzungen« dazwischen geschoben werden, damit die Pflanzen krankheitsfrei blieben.⁷ Auch die »Schwarzbeinigkeit«, die zu einem Fäulnisprozess nach der Ernte führen kann, war ein großes Problem.

Als »großes Drama« wurde von einem landwirtschaftlichen Berater der Landwirtschaftskammer NRW die mögliche Nichtverlängerung der Zulassung des Herbizides Reglone bezeichnet.⁸ Das Herbizid Reglone (Wirkstoff Diquat) ist im konventionellen Kartoffelbau das zentrale Mittel zur »Regulierung« der Bestände. Da die Erzeugerpreise bei Überschreiten einer vorgegebenen Knollengröße deutlich abfallen, kommt bei Erreichen dieser Zielgröße Reglone zum Abtöten des Kartoffelkrauts zum Einsatz (ein Jammer ist das, sowohl diese Art von bürokratischen Eingriffen wie auch diese Art von praktischer Landwirtschaft).⁹

Sonderkulturen

Es waren wohl die folgenden zwei Ereignisse, die in besonderer Weise den Anbau von Sonderkulturen beeinflusst haben: die große Nässe im Frühjahr und Frühsommer und die Kirschessigfliege zur Erntezeit.

Die starken Niederschläge, die vielerorts zu offenen Wasserflächen beispielsweise in Spargel und Erdbeerkulturen führten, brachten an manchen Orten Totalverluste. Nahezu überall verstärkte der Wechsel von Niederschlägen, Wasserstau und folgenden drei bis vier Tagen mit großer Hitze den Infektionsdruck und ließ die Früchte schneller reifen. Viele Erdbeeren waren, kaum geerntet, schon matschig. Im Spätsommer trat dann vor allem bei Beerenobst, anderen Obstsorten und bei Reben die Kirschessigfliege auf. Die in Südostasien heimische Fliege trat erstmalig im Jahr 2011 in nördlichen Breitengraden auf. Im Gegensatz zur gewöhnlichen Fruchtfliege, die nur von überreifem Obst lebt, sägt die Kirschessigfliege die reifen Früchte an und legt darin ihre Eier ab. Wo sie auftrat, kam es zu Totalverlusten. Betroffen waren vor allem der Anbau in Bayern, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg.

Große Nässe und neuer Erreger aus Südostasien

Zuckerrüben

Über Jahrzehnte war es eine sich regelmäßig wiederholende Erscheinung: Bei Betriebszweigabrechnungen erreichte die Zuckerrübe immer eine Ausnahmestellung. Wer gute Böden, genügend Fläche und ein großes Rübenkontingent hatte, gehörte immer zur Gruppe der Spitzenverdiener. Diese Ausnahmestellung war historisch begründet: Die Zuckerrübe war die Kultur der Großbetriebe mit guten Böden. Das änderte sich zwar nach dem Zweiten Weltkrieg, aber es waren die Großbetriebe, die einen erheblichen Anteil an der Gründung von Zuckerfabriken hatten. Diese Geschichte führte zu einer Interessenparallelität, die den Zuckerrübenbauern herausragende Einkommen bescherte. Bereits mit der Agrarreform 2005 wurde »die Axt an die Wurzel dieses Systems« gelegt und ab 2017 werden die bestehenden Quoten und Mindestpreise wegfallen. Es ist zu befürchten, dass, wie bei allen anderen wichtigen Agrarmärkten bisher schon, die Verarbeitungsindustrie erst mit den neuen Möglichkeiten locken und dann Druck auf die Erzeugerpreise ausüben wird, um ihre Chancen für Drittlandexporte zu verbessern. Der Wegfall der bisherigen Quote führte bereits im Jahr 2016 zu einer starken Ausdehnung der vertraglich gebundenen Anbauflächen. Alle Zuckerrübenfabriken berichteten von zu erwartenden deutlich größeren Rübenmengen. Allein Pfeifer & Langen berichtete für das Anbaugesamt Ostwestfalen-Lippe über eine Ausdehnung der voraussichtlichen Erntemengen um 270.000 Tonnen auf 920.000 Tonnen Rüben (davon 100.000 Tonnen für Neueinsteiger).¹⁰

Durch Quotenwegfall dehnt sich die Zuckerrübenfläche aus

Tierhaltung

Rinder

Die Angaben der Viehbestände sind entnommen der Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes; es handelt sich um einen Vorbericht und er ist datiert auf die Zählung vom 3. Mai 2016.¹¹ Die Tabelle 4 gibt die Daten wieder.

Trotz des seit über zwei Jahren sehr niedrigen Milchpreises hat sich die Zahl der Milchkühe von 2015 auf 2016 kaum verändert. Es kann sein, dass sich das im Verlauf des Jahres 2016 noch geändert hat (Redaktionsschluss dieses Agrarberichts ist November 2016). So berichtete der Rinderzuchtverband von Schleswig-Holstein von rückläufigen Besamungszahlen (minus sechs Prozent). Die Zahl der sonstigen Kühe (Mutterkühe) nahm von 2014 auf 2015 um 15.000 Tiere leicht zu. Auffällig ist der Rückgang der Mastbullen um immerhin 60.000 Tiere. Da nicht davon auszugehen ist, dass in diesem Zeitraum die Zahl der totgeborenen bzw. gestorbenen

Kaum Veränderungen bei Milchkühen – trotz niedriger Milchpreise

Tab. 4: Entwicklung der Viehbestände von 2014 bis 2016 (in 1.000 Tiere)

	Rinder insg.	Milchkühe	sonst. Kühe	Bullen 1–2 Jahre	Bullen 2 Jahre und älter
Mai 2014	12.707	4.312	670	1.025	82
Mai 2015	12.653	4.287	682	987	89
Mai 2016	12.563	4.272	685	962	88

Kälber sich wesentlich erhöht hat, sind vermutlich mehr Kälber in die Kälbermast statt in die Bullenmast gegangen. Bedauernd ist, dass Kälbermast, zumindest in den Niederlanden, immer noch vor allem eine Mast mit dem Ziel, »weißes Kalbfleisch« zu bilden, heißt. Durch die Auswahl der Futtermittel wird dabei eine Anämie bei den Kälbern absichtlich herbeigeführt.

**Kälberhaltung
auf Biobetrieben wird
zum Thema**

Vor allem bei Biobetrieben, in denen ja gute Fütterungs- und Haltungsbedingungen für die Tiere vorgegeben sind (und von den Kunden auch erwartet werden), ist es zum Thema geworden, ob es angesichts der Verhältnisse in der konventionellen Kälber- und Bullenmast ethisch noch verantwortbar ist, die Bullenkälber an konventionelle Händler zu verkaufen. Eine Änderung dieses weit verbreiteten Verhaltens würde erfordern, dass viel mehr ökologische Milchviehbetriebe als bisher sich auch wieder mit Kälber- oder Bullenmast befassen.

Milch

Bei der Milch¹² gab es im Wirtschaftsjahr 2015/16 zwei Vorgänge, die zu einer nachhaltigen Erschütterung der wirtschaftlichen Verhältnisse führten:

- Der im Spätsommer 2014 einsetzende Verfall der Milchpreise setzte sich fort (mehr dazu später).
- Die Abschaffung der Milchquote zum 1. April 2015 führte zu einer in der jüngeren Agrargeschichte beispiellosen Vernichtung von Betriebskapital. Nimmt man, um eine Vorstellung vom Umfang dieses Vorgangs zu gewinnen, nur einen Quotenpreis von einem Euro pro Kilogramm Milch an (er lag über viele Jahre an den Quotenbörsen deutlich höher!), so entstanden einem für das jeweilige Bundesland durchschnittlichen Milchbetrieb folgende Verluste:
 - Niedersachsen: 650.000 Euro;
 - Bayern: 280.000 Euro;
 - Sachsen-Anhalt: 1,2 Millionen Euro;
 - Brandenburg 1,26 Millionen Euro.

**Kollaps der Milchpreise
hat viele Ursachen**

Das von der EU-Kommission und der Bundesregierung angekündigte *soft landing* nach Abschaffung der Milchquote stellte sich für die Betriebe nicht nur wegen des Verfalls der Erzeugerpreise als kollapsähnlicher Zustand dar, sondern auch wegen des Ausfalls des »Kapitals für Risiken«, das die Milchquote gewesen war.

Verantwortlich für den Verfall der Erzeugerpreise bei Milch waren vor allem:

- die jahrzehntelange Propaganda, der Weltmarkt biete dem Export von Milchprodukten eine sehr gute wirtschaftliche Perspektive;
- die Investitionen bei (vor allem norddeutschen) Molkereien schwerpunktmäßig in Anlagen, die auf die Drittlandexporte ausgerichtet sind;
- politische Maßnahmen der EU und der nationalen Regierungen wie unter anderem die Abschaffung der Milchquote, Abbau der traditionellen Interventionsmöglichkeiten, Ablehnung einer wirksamen Krisenintervention, Abschluss bilateraler Verträge mit Nicht-EU-Staaten, in denen diesen Importkontingente (bzw. »Freihandel«) für Milch und Milchprodukte eingeräumt worden sind (2016 unter anderem mit der Ukraine).
- Subventionen, für die in Deutschland das Agrarministerium verantwortlich zeichnet: sowohl zugunsten der Erweiterungsinvestition von Molkereien als auch für den Bau neuer Kuhställe mit bisher ungewöhnlich hohen Tierzahlen (im Westen Deutschlands; im Osten

hatten Milchviehanlagen mit dem Charakter der Massentierhaltung die politische »Wende« überdauert);

- Landwirte, die den langjährigen Werbekampagnen der Agrarpolitik, der Molkereiwirtschaft und der Agrarwissenschaft trauten und den Bezug zu den realen Möglichkeiten ihres Betriebes verloren hatten;
- die Tatsache, dass bezüglich der Beziehung von Landwirten zu Molkereien ständig von »Markt« die Rede ist, tatsächlich aber keine einzige Voraussetzung für ein »Marktverhältnis« gegeben ist (siehe hierzu meinen Beitrag in diesem Kapitel S. 153–157).

Im Mai 2016 war der Verfall so stark, dass der Milchauszahlungspreis (Durchschnitt Deutschland) bei 23 Cent pro Kilogramm angekommen war. Die bei Weitem größte Molkerei (das Deutsche Milchkontor) zahlte nur noch wenig über 20 Cent aus.¹³ Der Preisverfall erfasste alle Molkereien und alle Bundesländer, in denen Milch von konventionellen Betrieben verarbeitet wurde (für Milch von Biobetrieben ergab sich eine eigene Situation). Auffällig ist aber auch, dass die Preise für konventionelle Kuhmilch bei den Molkereien im Süden und in der Mitte von Westdeutschland nicht ganz so stark abfielen wie im Norden (Niedersachsen, Schleswig-Holstein) und im Osten. Beispielsweise lagen die Milcherzeugerpreise in Bayern im Mai 2016 bei 25,48 Cent, in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern bei 22,18 Cent pro Kilogramm.

Es waren vor allem die Betriebe im Westen Deutschlands (mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen), die trotz der ruinösen Erzeugerpreise die Milcherzeugung zu Beginn des Jahres noch weiter ausdehnten. So gab es in Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Bayern im Februar 2016 gegenüber dem Februar 2015 den sagenhaften hohen Zuwachs von zehn Prozent! Erst ab April verlangsamten sich die Zuwächse gegenüber den gleichen Vorjahresmonaten. Deutlich anders verhielt sich die Milcherzeugung in den neuen Bundesländern. Da gab es mit Beginn des Jahres 2016 (mit Ausnahme im Februar) einen leichten Rückgang der Milcherzeugung.

Seit einigen Jahren untersucht das Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft auf der Grundlage repräsentativer Daten die Entwicklung der Milcherzeugungskosten und stellt sie in Beziehung zu den Milchauszahlungspreisen (siehe Tabelle 5).

Milchpreisverfall im Süden und in der Mitte Deutschlands weniger dramatisch als im Norden

Tab. 5: Milcherzeugungskosten und Preis-Kosten-Ratio in Deutschland¹⁴

Jahr/Quartalswert (vorläufig)	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Januar 2016	April 2016
Milcherzeugungskosten in Cent pro Kilogramm	38,54	41,44	42,05	44,08	45,90	45,08	44,44	44,94	44,60
Milchauszahlungspreise in Cent pro Kilogramm	28,84	31,89	35,92	32,90	38,75	38,78	30,53	28,66	25,78
Preis-Kosten-Ratio in Prozent	0,67	0,77	0,85	0,75	0,84	0,86	0,68	0,64	0,58

Die Tabelle 5 zeigt am Beispiel der Preis-Kosten-Ratio sehr deutlich:

- die erste »große« Milchkrise des Jahres 2009,
- die »kleine« Milchkrise 2012,
- die relative Verbesserung in den Jahren 2013 und 2014,
- den danach einsetzenden scharfen Verfall der Wirtschaftlichkeit.

In der ersten Hälfte des Jahres 2016 wurden die existenziellen Probleme, die der langanhaltende Milchpreisverfall auslöste, so groß, dass selbst die bis dahin jede Intervention ablehnende Agrarpolitik (vor allem der EU-Agrarkommissar und der deutsche Landwirtschaftsminister) sich zum Handeln gezwungen sahen und im Kern umfangreiche Liquiditätsmittel (»Kredite auf Kredite satteln, die man schon nicht mehr bedienen kann«) bereitstellten. Mitte des Jahres 2016 wurde dann endlich ein Programm vorgelegt, mit dem bei (freiwilliger) Reduzierung der

Politik sieht sich zum Handeln gezwungen

einzelbetrieblichen Milchmengen ein Ausgleich der EU von 14 Cent pro Kilogramm Milch gezahlt wurde. Bemerkenswert ist das Verhalten der Molkerei FrieslandCampina, die schon früher als die EU-Kommission ihren Lieferanten zehn Cent pro Kilogramm Entschädigung für die Rücknahme der Milchlieferung anbot. Parallel dazu setzte eine leichte Erhöhung der Nachfrage ein.

**Die Milchkrise löst
starke Umstellungswelle
auf Bio aus**

Die starke Umstellungswelle, die durch den langen Verfall der konventionellen Milch-erzeugerpreise ausgelöst wurde, führte bei den bisherigen Biomolkereien zu Wartelisten bzw. zu einem Stopp für die Aufnahme von Mitgliedern. Zudem beabsichtigt die Molkerei Ammerland, neu in den Biomilchmarkt »einzusteigen«. Dabei soll der bisherige Produktionsumfang der zukünftigen Bio-Ammerland-Lieferanten die bisherige Gesamtmenge an Biomilch in Niedersachsen übersteigen. In ein bis zwei Jahren könnten also »schwere Zeiten« auf die Biomilcherzeuger zukommen (siehe hierzu auch den Beitrag von Bernd Schmitz in diesem Agrarbericht S. 43).

Der langanhaltende Verfall der konventionellen Milchherzeugerpreise förderte auch die Diskussion und den Beginn praktischer Schritte im Zusammenhang mit »besonderen Milch-qualitäten«. Ob »Weidemilch«, »Heumilch« oder »Milch ohne Gentechnik« – Interesse und Debatten nahmen deutlich zu. Außerdem eröffneten zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe eigene »Milchtankstellen«. Leider ist es in Deutschland – im Gegensatz zu Österreich – verboten, unbehandelte Milch auch in Einzelhandelsgeschäften anzubieten. Die Verbesserung dieser Vermarktungsmilch von »Rohmilch« wäre ein beträchtlicher Fortschritt.

Eine besonders große Aufmerksamkeit erfährt Milch mit »besonderen Milchqualitäten« in Bayern.¹⁵ Der Anteil der Biomilch aus Bayern an der gesamten Milchherzeugung in Deutschland macht fast 60 Prozent aus. Aber nicht nur Biomilch, auch »Milch ohne Gentechnik« hat stark an Bedeutung gewonnen (25 Prozent der in Bayern insgesamt erzeugten Milch; plus 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr).

**Stabiler Biomilchpreis
regt Betriebe
zur Steigerung der
Intensität an**

Im Gegensatz zur konventionellen Milch konnte für die Biomilch das Preisniveau von knapp 50 Cent pro Kilogramm über viele Monate bis in den Frühsommer 2016 hinein gehalten werden. Im Durchschnitt des Jahres 2015 lag der Biomilchpreis bei 46,89 Cent pro Kilogramm. Die Unterschiede zwischen den Molkereien waren aber erheblich. Ab Frühsommer 2016 begann sich das Preisniveau leicht abzusenken. Das bis dahin für einen längeren Zeitraum sehr ausgeglichene Verhältnis zwischen der angelieferten Milch und dem Verkauf von Biomilchprodukten verschlechterte sich als Folge einer sehr kräftigen Ausdehnung der Biomilchherzeugung (jeweils gegenüber Vorjahresmonat: Januar plus 8,3 Prozent, Februar plus 13,4 Prozent, März plus 8,2 Prozent, April plus 10,2 Prozent und Mai plus 9,6 Prozent). Da es in den Vorjahren kaum eine Umstellung von Betrieben zur Biomilchherzeugung gab, muss angenommen werden, dass dieser Zuwachs an Milch ausschließlich (oder ganz überwiegend) auf Steigerung der Intensität zurückzuführen ist. Dafür spricht auch, dass bei den Biokrafft-terwerken größere Mengen an Eiweißfuttermitteln nachgefragt wurden. Dieses Verhalten mag auf den ersten Blick nachvollziehbar sein (schließlich haben alle Betriebsleiter im Rahmen ihrer Ausbildung gelernt, die Produktion dann auszuweiten, wenn die Preise günstig sind). Auf den zweiten Blick ist das Verhalten aber töricht, weil die dadurch auftretenden Übermengen den Abfall der Milchherzeugerpreise provozieren.

Deutlich geringer sind (noch) die Bedeutung von »Bergbauernmilch« (vier Prozent) und »Heumilch« (0,8 Prozent). Bei »Weidemilch« war (erst) eine Molkerei engagiert. Das zentrale Problem ist, dass der Handel zwar ein beträchtliches Interesse an einer Differenzierung der Milch hat, aber nur eine geringe Bereitschaft hat, dafür auch angemessene Erzeugerpreise zu zahlen (außer: Biomilch).

Die Forderung, die Weidehaltung von Milchkühen wieder auszudehnen, führte in Niedersachsen (im Gegensatz beispielsweise zu Hessen) zu einer Initiative des Ministeriums. Die eingesetzte Arbeitsgruppe, in der neben Vertretern der Agrarverwaltung und der Umweltverbände auch Bauern und Molkereivertreter mitwirkten, legte eine Vereinbarung vor, die unter anderem als Ziel angab, für Weidemilch und für Produkte aus Weidemilch fünf Cent pro Liter Milch mehr an die Bauern zu zahlen. Erstmals wurde auch Wert darauf gelegt, die Betriebe, die ihre Kühe über Winter zwar in Anbindehaltung haben, ihnen im Sommer aber ausgiebig Weidegang gaben, mit in das Programm einzubeziehen (bei ihnen musste die Weidesaison

nicht mindestens 120, sondern 180 Tage dauern, sowie mindestens zwei Tage pro Woche Auslauf im Winter vorgesehen sein). Ein sehr erfreulicher Ansatz.

Schweine

Als allgemeine Einschätzung kann man formulieren: der Rückgang des Schweinebestandes setzt sich fort.¹⁶ Gegenüber November 2015 ist das ein Rückgang um 600.000 Tiere oder um 2,2 Prozent; gegenüber Mai 2015 verringerten sich die Bestandszahlen sogar um eine Million Tiere oder um 3,7 Prozent (siehe Tabelle 6). Der Rückgang des Schweinebestandes umfasst dabei alle Kategorien (Ferkel, Jungschweine, Mastschweine, Zuchtsauen). Mit 4,1 Millionen Tieren in Niedersachsen, 3,3 Millionen in Nordrhein-Westfalen und 1,5 Millionen in Bayern entfielen gut drei Viertel der Mastschweine auf diese drei Bundesländer.

Sehr viel schneller als die Bestandszahlen sank die Anzahl der Betriebe, die Schweine hielten: 4,8 Prozent der Betriebe gaben innerhalb des letzten halben Jahres auf! Aufs ganze Jahr gerechnet waren es 5,4 Prozent. Der durchschnittliche Schweinebestand je Betrieb stieg um 2,7 Prozent auf 1.106 Tiere je Betrieb. Allerdings: von den 24.500 schweinehaltenden Betrieben hatten immer noch 62 Prozent (!) weniger als 1.000 Tiere; auf sie entfielen 24 Prozent aller Schweine. Wenn über notwendige Änderungen in der Schweinehaltung debattiert wird, so ist es also immer noch eine wichtige Aufgabe, sich über die Perspektive der Betriebe mit Beständen »U1000« Gedanken zu machen.

Gibt es Perspektiven für die »U-1000«-Schweinemastbetriebe?

Tab. 6: Entwicklung der Bestandszahlen von Schweinen (in 1.000) 2014 bis 2016

	Schweine insgesamt (in 1000)	Zuchtschweine insgesamt (in 1000)	Mastschweine zusammen (in 1000)	Ferkel (in 1000)
Mai 2014	28.098	2.104	12.038	8.757
Mai 2015	28.100	2.044	12.160	8.291
Mai 2016	27.055	1.932	11.762	8.077

Nachdem die Erzeugerpreise bei Schlachtschweinen über viele Monate beim Niveau von mehr oder weniger 1,30 Euro pro Kilogramm verharrten – ein Niveau, das für den Großteil der Betriebe rote Zahlen bedeutete – stiegen sie zur Jahresmitte sprunghaft auf das Niveau von 1,60 Euro pro Kilogramm. Die Branche begann vorsichtig aufzuatmen. Ursachen für die Preisverbesserung waren:

- der Rückgang der Schweinehaltung in der EU und
- ein plötzlich wieder stark ansteigender Export nach China (und Asien generell).

Nicht nur das lange Zeit gänzlich unzureichende Erzeugerpreisniveau, auch der plötzliche kräftige Anstieg weisen darauf hin, dass die Beziehungen zwischen schweinehaltenden Betrieben und den Handels- und Schlachtbetrieben von idealtypischen Funktionsmerkmalen eines »freien Marktes« weit entfernt sind. Drei Schlachtkonzerne dominieren die Verhältnisse und – wenn deren Exporterwartungen erfüllt werden – können sich akzeptable Erzeugerpreise einstellen. Wenn nicht, so haben allein die Landwirte das Risiko zu tragen. Daher ist die Position der Schweinehalter auf dem Schweinefleischmarkt ein Paradebeispiel für den Begriff des »Preisnehmers«, den der Europäische Rechnungshof für ein solches Marktversagen verwendet.

Die über die Medien transportierte Kritik an den Lebensbedingungen der Zucht- und Mastschweine führte zu zahlreichen Reaktionen. Während die »Initiative Tierwohl« sich bemüht, mit den denkbar geringsten Veränderungen der Haltungsbedingungen der »schlechten Presse« zu entgehen, versuchen auch zahlreiche Zucht- und Mastbetriebe, die Haltungsbedingungen auf ihren Betrieben substanziell zu verbessern. Ihr großes Problem ist, dass sie das bei gänzlich unzureichenden bzw. auch kurzfristig schwankenden Preisen angehen müssen. Die Einsicht, dass eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Schweine nun auch in Deutschland unumgänglich ist (in Schweden war beispielsweise das Abschneiden der Schwänze immer verboten), hat sich bei vielen Praktikern längst durchgesetzt. Bei vielen Fachveranstaltungen

Drei Schlachtkonzerne dominieren den Markt – Schweinehalter werden zu »Preisnehmern«

berichteten auch Betriebe großer Anlagen über ihre Erfahrungen mit veränderten Haltungsbedingungen.

Das Dilemma, erhebliche Investitionen bei aktuell geringer Wirtschaftlichkeit vornehmen zu müssen, ist auch für diejenigen Agrarpolitiker, die tatsächliche Verbesserungen angehen möchten, ein großes Problem. Zumal es sie noch gibt und in recht großer Zahl: die Schweinehaltungsbetriebe mit kleinen oder mittleren Bestandszahlen, die durch Umbauten die Haltungsbedingungen der Schweine und damit auch die Möglichkeiten für regionale Vermarktung deutlich verbessern könnten. Angesichts der Begünstigung industrialisierter Haltungsbedingungen (Vollspaltenböden, Flüssigfütterung, Zwangsentlüftung) in den letzten Jahren fehlt ihnen aber das Zutrauen, dass darin noch eine Perspektive für ihre Betriebe liegen könnte.

**Haben es die Tiere
in großen Betrieben
besser?**

Eine Dissertation an der Universität Göttingen versuchte – erstmalig – am Beispiel der Mastschweinehaltung zu klären, ob es eine Beziehung gibt zwischen großen und kleinen Beständen und den Lebensbedingungen der Tiere. Sie kommt zum Schluss »Eine hohe Anzahl an Mastschweinen pro Bestand deutet nicht automatisch auf eine niedrige Tierwohlbewertung hin.«¹⁷ Die Untersuchung wurde als »repräsentativ« angekündigt. Tatsächlich aber wurden nur (insgesamt 60) große und sehr große Betriebe untersucht, die ihre Schweine auf Voll- und Teilspaltenböden hielten. Andere Haltungsformen (selbst die Agrarstatistik differenziert die Haltungsbedingungen für Mastschweine nach: Vollspaltenböden, Teilspaltenböden, planbefestigter Boden mit Einstreu, Freilandhaltung und andere Stallhaltungsformen) und kleinere/mittlere Betriebsgrößen wurden ausgeklammert. Von einer repräsentativen Untersuchung kann also keine Rede sein. Gleichwohl sind die Untersuchungsergebnisse der 60 Betriebe – obwohl vermutlich durch die Berater im vorneherein »handverlesen« – als *Fallstudie* von erheblicher Bedeutung: Nur bei *einem* »Tierwohl«-Kriterium erhielten die Betriebe eine durchgängig positive Einstufung: beim Futterzustand. Würde man dieses Kriterium, dass Mastschweine »gut im Futter stehen«, weglassen, wäre es selbst dieser relativ einseitigen Untersuchung schwer gefallen zu dem erwähnten Ergebnis zu kommen.

Entwicklung der Intensität

Pestizide allgemein...

Eine Angabe zur Entwicklung des Pestizideinsatzes lässt sich am sinnvollsten machen auf Basis der verwendeten Wirkstoffmengen. Nach Angaben des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit gab es auch für das Jahr 2015 eine erneute leichte Steigerung von 34.515 Tonne auf 34.752 Tonnen (ohne inerte Gase).¹⁸ Seit dem Jahr 2009, in dem es zu einer deutlichen Verminderung der Einsatzmengen auf 30.162 Tonnen gekommen war, erfolgte ein erneuter Anstieg. Dabei ging der Einsatz von Herbiziden zurück; gleichzeitig stieg der Einsatz der »Sonstigen«. Wie in den letzten Jahren zuvor überstieg die Menge an exportierten Pestiziden den Inlandsabsatz deutlich.

... Glyphosat im Speziellen

Die Forderung, die Zulassung für den Einsatz von Glyphosat nicht zu verlängern und die öffentliche Auseinandersetzung darüber, währt schon viele Jahre. Das Jahr 2016 bildete insoweit einen neuen Höhepunkt, als dass

**Glyphosat »wahrscheinlich
krebserregend« –
die Zulassungsdebatte
geht in die nächste Runde**

- die Internationale Krebsforschungsagentur (IARC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) Glyphosat als »wahrscheinlich krebserregend« einstufte, und
- die Ablehnung einer weiteren Zulassung nun auch die Politik auf Ebene der EU erreicht hatte. Im Ministerrat fand sich keine Mehrheit mehr dafür. Deutschland enthielt sich, weil die Bundeskanzlerin für die erneute Zulassung, die Bundesumweltministerin aber dagegen war. Wie in solchen Fällen zu erwarten, übernahm die EU-Kommission als eigentliche »Herrin des Verfahrens« die Entscheidungsgewalt und verlängerte die Zulassung noch einmal um eineinhalb Jahre.

Mit der angekündigten Fusion der Bayer AG und Monsanto deutet sich sowohl für die Bereiche Saatgut wie auch Pestizide ein weltumspannendes Monopol an.

Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung

Wie sich bisweilen auch schnell die Dinge ändern können! Es ist erst ein vergleichbar kurzer Zeitraum vergangen, seit dem multiresistente *Staphylococcus aureus*-Stämme in Krankenhäusern zu einem großen Problem wurden. Ging es anfangs nur um »Krankenhauskeime«, so stellte sich bald heraus, dass auch, wenngleich zu einem geringen Anteil, die landwirtschaftliche Tierhaltung an der Entstehung der Problematik beteiligt ist. Erste Untersuchungen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen¹⁹ auf der Grundlage der Arzneimittelbelege der landwirtschaftlichen Betriebe zeigten:

- hohe Mengen an in der Tierhaltung eingesetzter Antibiotika (1.706 Tonnen im Jahr 2010),
- einen engen räumlichen Zusammenhang dieses Einsatzes mit den Zentren der Intensivhaltung (Vechta, Osnabrück, Borken, Coesfeld, Münster)
- sowie eine besonders häufige Verwendung bei Geflügel, Mastkälbern und Schweinen.

Gesamtmenge an Antibiotika geht zurück – aber Einsatz von Reserveantibiotika steigt

Vermutlich ist es die Tatsache, dass hier die menschliche Gesundheit allgemein und direkt bedroht wird, die zu vergleichsweise zügigem Handeln führte:

- verbesserte Prophylaxe in vielen Krankenhäusern (Landwirte aus Tierhaltungsbetrieben wurden generell zu »Risikopatienten«);
- Veränderung des Tierarzneimittelgesetzes. Betriebe, auf denen überdurchschnittlich viel an Antibiotika eingesetzt wurde, wurden identifiziert und bekamen Auflagen.

Das Ergebnis des zügigen Handelns zeigte sich deutlich: Innerhalb von nur fünf Jahren sank die in der landwirtschaftlichen Tierhaltung eingesetzte Antibiotikamenge um 53 Prozent bzw. von 1.706 Tonnen im Jahr 2010 auf 805 Tonnen im Jahr 2015. Offenkundig zeigen ordnungsrechtliche Maßnahmen Wirkung. Bei näherem Hinsehen jedoch fällt es schwer, von einem »Erfolg« zu reden. Denn die Datenbank erfasst nur die Gesamtmenge der Antibiotika (gemessen in Tonnen), nicht jedoch die Wirkstoffmengen. Mit hochwirksamen Antibiotika kann die Gesamtmenge zwar zurückgehen, die verabreichte Wirkstoffmenge jedoch ansteigen. »Gewicht« allein ist kein zielführender Indikator. Noch bedenklicher ist, dass im gleichen Erfassungszeitraum der Einsatz von Reserveantibiotika, die für die Humanmedizin von eminenter Bedeutung sind, zum Teil angestiegen ist (Fluorchinolone: plus 28 Prozent). Von Entwarnung kann also – trotz Rückgang der eingesetzten Menge – keine Rede sein!

Genomische Zuchtwerte

In der Rinderzucht finden die Werte der Bullen, deren Zuchtwerte nicht mehr über die Leistungen ihrer Töchter, sondern direkt über ihr Genom geschätzt werden, immer mehr an Bedeutung. Die schon länger zu beobachtende Tendenz zur Steigerung der Inzucht wird dadurch weiter unterstützt und dies, obwohl es theoretisch auch anders möglich wäre. So ergab sich aus der »Hitliste« des Rechenzentrums in Verden im April 2016 für die Schwarzbunten Deutschen Holsteins, dass von den 25 Bullen mit den höchsten Zuchtwerten 18 (!) Bullen den gleichen Vater (»Balisto«) hatten.²⁰ In der August-Zuchtwerthschätzung verschoben sich die Rangierungen dann auf zehn Söhne von »Balisto« und sieben Söhne von »Missouri«. Da unter anderem wegen des gerade bei den »Top-Kühen« verbreiteten Embryotransfers auch auf der Mutterseite eine enge Verwandtschaft vorliegt, dürfte sich die Geschwindigkeit der Inzuchtentwicklung beschleunigt fortsetzen. Für die Züchter ist die Vermeidung weiterer Inzuchtzunahme in der Zwischenzeit zu einer festen Aufgabe geworden. Ähnliches lässt sich in den Managementprogrammen zur Anpaarungsplanung beobachten. Von einem Nachdenken, wie es zu dieser kritischen Situation kommen konnte, jedoch bisher keine Spur.

Züchter arbeiten gegen weitere Zunahme der Inzucht bei Rindern

Erfreulich ist, dass jetzt über das Gemeinschaftsprojekt der deutschen Holsteinzucht »Kuh-Vision« auch in der Rinderzucht in Deutschland Gesundheitsmerkmale erhoben und für die Zucht beachtet werden sollen.²¹ Vor allem in den skandinavischen Ländern ist das schon seit Jahrzehnten »Standard«. Doch spät ist besser als nie.

Zu den »Intensivierungsmaßnahmen« ist auch die Zucht auf Hornlosigkeit zu zählen, lassen sich doch dadurch Kühe und Bullen leichter in bestehende Stallverhältnisse »einpassen«.

Sowohl auf konventionellen wie auf Ökobetrieben nimmt der Einsatz der bisher wenigen genetisch hornlosen Bullen deutlich zu. Bezüglich der ökologischen Milchrinderhaltung hat schon vor zwei Jahren das Landwirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen das Geld für ein Forschungsprojekt bereitgestellt. Natürlich deutet sich hier die Möglichkeit eines deutlichen Konfliktes zwischen Ökobetrieben und Verbraucherverhalten an. Dies dann, wenn die Forderung »Kühe haben Hörner« eine ähnliche Bedeutung bekommen würde wie »Schweine haben Ringelschwänze«.

Mit der weiteren Zunahme von Melkautomaten bei konventionellen wie bei Biobetrieben nimmt die Tendenz zur ganzjährigen Stallhaltung weiter zu. Nach der Umstellung ist bei Betrieben, die bisher bei ihren Kühen ausgiebig Weidegang ermöglichten, eine Reduzierung auf Minigrünlandflächen zu beobachten.

Wirtschaftliche Lage

Leider dauert es jeweils bis zum Januar/Februar, bis die wirtschaftlichen Ergebnisse der Testbetriebe des Vorjahres ausgewertet sind und veröffentlicht werden. Hier können deshalb leider nur die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 2014/15 skizziert werden.²²

Nach einer kurzen Phase vergleichsweise höherer Erzeugerpreise und gesunkener Kosten in den beiden Vorjahren gingen viele der wichtigen Auszahlungspreise 2014/15 deutlich zurück. Als Folge davon ist – über alle Betriebe und Rechtsformen hinweg – das Einkommen je Arbeitskraft um 20 Prozent bzw. auf 28.100 Euro gesunken. Bei den Haupterwerbsbetrieben war der Absturz gegenüber den vergleichsweise guten Vorjahreswerten besonders stark: minus 25 Prozent auf 27.400 Euro pro Arbeitskraft. Durch den starken Rückgang der Markterlöse – hier spielte der Verfall der Preise für Milch und Schweinefleisch, etwas später dann auch für Getreide die entscheidende Rolle – erhöhte sich die relative Bedeutung der Direktzahlungen sehr deutlich: Im Durchschnitt der Betriebe machten sie 53 Prozent (!) des Einkommens bzw. 14.569 Euro pro Arbeitskraft aus.

Die Direktzahlungen erreichen damit eine Größenordnung, die den vielen Stimmen, die für eine pauschale Abschaffung der Zahlungen aus der Ersten Säule plädieren, doch sehr zu denken geben sollte. Würde es zu einer Abschaffung der Zahlungen aus der Ersten Säule kommen, ohne dass durch andere Maßnahmen (wie z. B. Zölle) das inländische Preisniveau deutlich angehoben würde, so könnte dieser Einschnitt eine ähnlich zerstörerische Wirkung entfalten wie die Abschaffung der Milchquote!

Die Betrachtung der Gewinn- und Einkommensentwicklung bei den Haupterwerbsbetrieben über die Betriebsformen zeigt, dass diese negative Einkommensentwicklung – mit Ausnahme des Wein- und Gartenbaus – alle Betriebsformen »erwischt« hat (siehe Tabelle 7).

Unübersehbar ist, dass trotz eines Rückgangs von fast 19 Prozent die Ackerbaubetriebe ihre seit »ewigen Zeiten« herausragende Einkommensposition weiterhin behauptet haben. Das liegt

**Preisrutsch bei Milch
und Schweinefleisch
erhöht Anteil
der Direktzahlungen
am Gewinn**

Tab. 7: Einkommen der Haupterwerbsbetriebe nach Betriebsformen 2014/15²³

	Anteil der Betriebe in Prozent	Gewinn plus Personalauf- wand je Arbeitskraft in Euro	Veränderung gegenüber Vorjahr
Ackerbau	15,2	39.378	-18,9
Gartenbau	5,0	25.158	+3,4
Dauerkulturen	6,0	25.939	-3,0
Weinbau	4,2	28.883	+6,7
Obstbau	1,6	20.645	-21,0
Futterbau	46,5	24.010	-35,7
Milch	37,3	24.697	-38,2
Sonst. Futterbau	9,2	20.958	-20,3
Veredlung	11,1	29.549	-30,2
Gemischt (Verbund)	16,2	24.579	-25,3
Insgesamt	100,00	27.405	-24,7

Tab. 8: Einkommen der Haupterwerbsbetriebe nach wirtschaftlicher Betriebsgröße 2014/15²⁴

Betriebsgröße in Standard-Output (Euro)	Anteil der Betrieb in Prozent	Gewinn plus Personalaufwand je Arbeitskraft	Veränderung gegenüber Vorjahr
50–100.000 (klein)	29,8	19.567	–12,7
100–250.000 (mittlere)	43,9	26.856	–22,4
>250.000 (größere)	26,3	31.722	–29,3

nicht zuletzt daran, dass sie, seit Einführung der Direktzahlungen 1994, wegen der Bindung der Direktzahlungen an die Fläche immer die besonders Begünstigten waren und geblieben sind. Betrachtet man die Entwicklung nach Betriebsgröße, so zeigt sich, dass der Rückgang bei den großen Betrieben besonders ausgeprägt war (siehe Tabelle 8). Gleichwohl ist bei den großen Betrieben das Einkommen je Arbeitskraft nach wie vor sehr viel besser.

Nach Betriebsform aufgeschlüsselt ergab sich folgendes Bild: Auch bei den Betrieben in der Rechtsform »Juristische Personen« (hierbei sind nur Betriebe aus den neuen Bundesländern erfasst) gab es nach zwei Jahren mit deutlich überdurchschnittlichem Jahresüberschuss plus Personalaufwand (2013/14: 43.503 Euro je Arbeitskraft) einen Rückgang. Er fiel aber sehr viel geringer aus (minus zehn Prozent), vor allem weil der Anteil der Ackerbaubetriebe in den ostdeutschen Ländern bedeutender ist. Der Anteil der Direktzahlungen am Einkommen entsprach mit 52,1 Prozent recht genau den Verhältnissen bei den Haupterwerbsbetrieben. Allerdings ist der absolute Betrag je Arbeitskraft für die Betriebe in den Rechtsformen »Juristische Personen« mit 20.442 Euro um 6.000 Euro (30 Prozent) höher als in den Haupterwerbsbetrieben.

Bei den Klein- und Nebenerwerbsbetrieben fiel der Gewinnrückgang mit minus 2,9 Prozent am geringsten aus. Trotzdem war der Gewinn in Höhe von 13.484 Euro je Arbeitskraft vergleichsweise sehr niedrig. Zählt man das außerlandwirtschaftliche Einkommen dieser Betriebe in Höhe von 17.753 Euro (Betriebsinhaberehepaar) hinzu, entstand ein Gesamteinkommen von 35.288 Euro.

Eine Betrachtung der Bedeutung der Direktzahlungen nach Bundesland zeigt sehr deutlich die Benachteiligung der Regionen mit im Vergleich zum Umfang der Fläche überdurchschnittlich vielen Arbeitskräften als Folge von Milchviehhaltung, Gemüse- und Sonderkulturanbau. Während beispielsweise pro Arbeitskraft in Rheinland-Pfalz nur 6.698 Euro in Form von Direktzahlungen geflossen sind, waren es in Sachsen-Anhalt 31.177 Euro und in Mecklenburg-Vorpommern 30.467 Euro. Bei den westlichen Bundesländern erhielten Betriebe im Saarland (20.868 Euro) und in Schleswig-Holstein (19.134 Euro) die höchsten Zahlungen pro Arbeitskraft. Durch eine Berücksichtigung der Arbeitskräfte bei der Zuteilung der Direktzahlungen ließe sich dieser gravierende und seit vielen Jahren gegebene Missstand leicht korrigieren – wenn das denn jemand wollte!

Bei den ökologisch wirtschaftenden Betrieben gibt es bezüglich der Direktzahlungen leider nur Angaben für die Gruppe der Haupterwerbsbetriebe. Das ist auch deshalb bedauerlich, weil die sehr flächenstarken Ökobetriebe (1.000 Hektar und mehr) alle in den ostdeutschen Ländern gelegen sind und allein etwa zehn Prozent der gesamten ökologisch bewirtschafteten Flächen in Deutschland nutzen. Erfreulicherweise sind die Angaben für die Ökobetriebe seit den letzten Jahren auch repräsentativ – eine sehr wichtige Verbesserung!

Im Gegensatz zu allen anderen landwirtschaftlichen Betrieben hat sich das Einkommen (Gewinn plus Personalaufwand) der Ökobetriebe gegenüber dem Vorjahr nicht verschlechtert; es betrug 34.791 Euro je Arbeitskraft und lag damit deutlich (um gut 7.000 Euro) über dem der konventionellen Haupterwerbsbetriebe! Wie bei den konventionellen Betrieben nehmen auch bei den ökologisch wirtschaftenden Betrieben die Ackerbaubetriebe bezüglich des Einkommens eine Sonderstellung ein. Gegenüber dem Durchschnitt aller Ökobetriebe erwirtschafteten sie einen Vorsprung von 14.000 Euro Einkommen je Arbeitskraft!

Beträgt der Anteil der Direktzahlungen am Einkommen 53 Prozent bei den Haupterwerbsbetrieben insgesamt, so lag er im Durchschnitt der Ökobetriebe bei 87 Prozent und bei den

Geringster Einkommensrückgang bei Zu- und Nebenerwerbsbetrieben

Einkommen der Ökobetriebe pro Arbeitskraft deutlich höher als bei konventionell geführten Betrieben

ökologisch bewirtschafteten Ackerbaubetrieben bei 91 Prozent. Wer bei diesen Gegebenheiten für eine Abschaffung der »Ersten Säule« und eine Verlagerung der Gelder in die »Zweite Säule« plädiert – mit der Hoffnung, dadurch noch mehr zu profitieren als bisher schon, plädiert für eine Ruinierung eines sehr großen Teils der landwirtschaftlichen Betriebe.

Erzeugerpreise 2016

Die Tabelle 9 zeigt: Von den Erzeugerpreisen her war die erste Hälfte des Jahres 2016 (für die folgenden Monate lagen die Daten noch nicht vor) ein sehr, sehr ungünstiges Jahr. Geradezu extreme Rückgänge der Erzeugerpreise gab es bei Milch, bei Schlachtkühen und Brotweizen. Überaus günstig waren dagegen die Erzeugerpreise für Kartoffeln.

Rückläufige Erzeugerpreise bei fast allen Produkten – nur nicht bei Kartoffeln

Tab. 9: Entwicklung der Erzeugerpreise im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahresmonat in Prozent ²⁵

Produkte	Februar 2016	März 2016	April 2016	Mai 2016
Getreide	-14,8	-15,9	+13,3	-11,3
Brotweizen	-17,4	-18,3	-15,5	-13,3
Brotroggen	-9,9	-9,8	-7,0	-3,1
Raps	+0,8	-0,4	+2,4	+2,3
Zuckerrüben	+5,6	+5,0	+5,0	+5,0
Speisekartoffeln	+185,6	+232,2	+225,0	+219,8
Gemüse und Gartenpflanzen	+5,8	+12,2	+6,5	+4,9
Jungbullen	-0,1	-2,6	-3,0	-5,2
Schlachtkühe	-3,8	-10,8	-16,1	-20,7
Schweine	-7,3	-9,9	11,8	-1,6
Geflügel	-4,2	-4,3	-5,4	-5,0
Milch	-9,2	-12,8	-17,5	-20,9
Eier	+0,7	-2,6	-1,3	+1,4

Für die Monate ab Juni 2016 zeichnet sich ab:

- erst eine leichte, dann eine deutliche Verbesserung bei Schweinen;
- anhaltend ungünstige Erzeugerpreise bei Getreide;
- bei Milch kündigten Preiszunahmen auf den Spotmärkten ab Mitte des Jahres an, dass die Talsohle beim Verfall der Milchpreise erreicht sein könnte. Es dürften wohl die Maßnahmen der EU und einzelner Molkereien wie FrieslandCampina gewesen sein, die durch das Programm zur Verminderung der Milchlieferung diese Kehrtwende ausgelöst haben.

Der häufige und schnelle Wechsel zwischen wenigen Monaten mit günstigen, manchmal sogar mit hohen Erzeugerpreisen und den sehr viel zahlreicheren Zeitspannen mit unzureichenden, manchmal sogar extrem ungünstigen Markterlösen, ist eine wichtige Ursache für die Zusammenbrüche tausender Betriebe in den letzten Jahren. Eine Änderung ist nicht abzusehen. Das Malheur ist, das zwar allgemein von »Märkten« und »Bestimmung der Preise über Marktmechanismen« die Rede ist, bei genauerer Betrachtung der Realität sich aber zeigt, dass es

- entweder gar keine Marktbeziehungen für die Bauern gibt (bei Milch, bei Weinmost) oder
- sie als Folge eines allgemeinen Marktversagens (bei Schlachtvieh, Eiern, mit Einschränkung auch bei Getreide) sich in der ökonomisch hoffnungslosen Rolle des »Preisnehmers« befinden.

Dringend erforderlich ist deshalb – will man die überkommenen Agrarstrukturen nicht kurzfristig durch industrialisierte Formen der Agrarwirtschaft zerstören lassen – ein EU-weites

Häufiger und schneller Wechsel der Preise macht Kriseninstrumente notwendig

Kriseninterventionssystem. Wenn absehbar ist, dass die Erzeugerpreise unter eine kritische Schwelle abfallen, müssen Mechanismen in Gang gesetzt werden, die auf eine Verminderung der Erzeugung hinwirken.

Anmerkungen

- 1 Destatis: Statistische Monatsberichte Heft 6. Wiesbaden 2016.
- 2 Die Angaben im folgenden Abschnitt entstammen: Destatis: Kaufwerte für landwirtschaftliche Grundstücke, Fachserie 3, Reihe 2.4. Wiesbaden 2015.
- 3 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.): Wirtschaftliche Lage landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, jeweilige Jahrgänge. Berlin.
- 4 Die Angaben im folgenden Abschnitt entstammen: Destatis: Landwirtschaftliche Betriebe (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/LandForstwirtschaftFischerei/LandwirtschaftlicheBetriebe/LandwirtschaftlicheBetriebe.html>).
- 5 Die Angaben im folgenden Abschnitt entstammen: Statistisches Bundesamt: Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt nach jeweiligen Flächen und Anbaukulturen, Fachserie 3, Reihe 3.1.2 (Vorbericht). Wiesbaden 2016.
- 6 Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben, Heft Nr. 35, 2016, S. 22.
- 7 Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben, Heft Nr. 35, 2016, S. 33 f.
- 8 Dr. Klaus Becker, Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen.
- 9 Neben »Reglone« sind auch die Mittel »Shark« und »Quickdown« im Einsatz.
- 10 Wochenblatt für Landwirtschaft und Landleben, Heft Nr. 39, 2016, S. 19.
- 11 Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, Reihe 4.1. Wiesbaden 2016.
- 12 Alle Angaben zu Milch nach: BMEL: Statistische Monatshefte vom Juli 2016.
- 13 Entnommen aus BDM aktuell, Ausgabe »Aktions-sommer« 2016.
- 14 Büro für Agrarsoziologie und Landwirtschaft (BAL), Dr. Karin Jürgens, www.landforscher.de
- 15 L. Huber, U. Heyne und E. Kastner: Besondere Milchqualitäten legen in Bayern zu. In: DMW – Die Milchwirtschaft 7 (2016), 17, S. 589–591.
- 16 Statistisches Bundesamt, Fachserie 3, R4.1, Mai 2016 (Vorbericht).
- 17 S.E.K. Meyer-Hamme: Zusammenhang zwischen Bestands-, Gruppengrößen und Indikatoren des Tierwohls in der konventionellen Schweinemast. Diss. Uni Göttingen 2015, S. 3 f.
- 18 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit: Absatz an Pflanzenschutzmittel in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse der Meldungen gemäß § 64 Pflanzenschutzgesetz für das Jahr 2015. Braunschweig 2016 (www.bvl.bund.de/SharedDocs/Downloads/04_Pflanzenschutzmittel/meld_par_64_2015.pdf?__blob=publicationFile&v=2).
- 19 »Antibiotika-Abgabemenge in der Tiermedizin«. Pressemitteilung des BMEL vom 21. September 2016.
- 20 Zuchtwerte Bullen des Rechenzentrums in Verden (www.vit.de/?id=zuchtwertschaetzung).
- 21 Deutscher Holstein Verband: Projekt KuhVision (www.holstein-dhv.de/seiteninhalte/kuhvision.html).
- 22 BMEL: Wirtschaftliche Lage landwirtschaftlicher Betriebe in Deutschland. Buchführungsergebnisse der Testbetriebe 2014/15. Berlin, 2016.
- 23 BMEL: Statistische Monatshefte vom Juli 2016 (Erzeugerpreise 1. Halbjahr 2016).
- 24 Ebenda.
- 25 Ebenda.



Professor Dr. Onno Poppinga

Hochzeitstr. 5
34376 Immenhausen-Holzhausen
E-Mail: rondopopp@t-online.de